

---

# OMG = *Obama Must Go.*

## Eine Nachbetrachtung zur Präsidentenwahl 2012 in den USA

Erich Geldbach

---

Ulli zum 48.

### Die generellen Rahmenbedingungen

Die Wahl eines Präsidenten in den USA stellt europäische Beobachter immer wieder vor gewisse Rätsel. Da heißt es beispielsweise, dass der Präsident direkt vom Volk gewählt werde, in Wirklichkeit aber wird von den Wählerinnen und Wählern ein sog. *Electoral College* gewählt. Diesem Gremium obliegt die eigentliche Wahl des Präsidenten. Insofern ist ein Präsident der USA im Unterschied etwa zu einem Bundeskanzler / einer -kanzlerin in Deutschland nicht vom Parlament abhängig. Da das *Electoral College* nur zusammentritt, um den Präsidenten zu wählen, wird es nach diesem Akt auch wieder aufgelöst; es hat keine weitere Funktion. Die einzelnen Bundesstaaten entsenden nach einem unterschiedlichen Schlüssel Wahlmänner und -frauen in das Gremium, doch ist es in der Regel so, dass die Partei, die in einem Bundesstaat die meisten Stimmen erhält – und seien es auch nur wenige Prozentpunkte oder gar nur ein Bruchteil eines Prozents – die Gesamtzahl der Wahlmänner und -frauen dieses Bundesstaates erhält. Es geht also nach einem reinen Mehrheitswahlrecht zu: der Gewinner bekommt alle Stimmen = *the winner takes it all*. Die Anzahl der Wahlmänner und -frauen richtet sich nach der Zahl der Einwohner eines Bundesstaates. Dieses System macht es für jeden Wahlkämpfer erforderlich, sich auf die Staaten mit hohen Einwohnerzahlen zu konzentrieren, um möglichst viele Wahlmänner und -frauen auf sich zu vereinigen. Außerdem erklärt sich, dass die Bundesstaaten erhöhte Aufmerksamkeit erlangen, in denen in der Vergangenheit die Wähler unterschiedliche Präferenzen der Parteien gezeigt haben: Es sind die sog. *swing States*, also Staaten, in denen einmal die Republikaner und dann wieder die Demokraten oder umgekehrt die Nase vorn hatten.

Dem Wahlsystem liegt die Idee zugrunde, dass die drei „Zweige“ einer Regierung, die Exekutive, die Legislative und die Judikative, voneinander unabhängig sein sollen, damit gegenseitige Balancen und Kontrollen, *checks and balances*, möglich sind. Lediglich beim Obersten Gerichtshof wird eine Ausnahme gemacht, weil der Präsident die Richter vorschlagen kann, der Senat aber ein Anhörungs-, Mitsprache- und Entscheidungsrecht besitzt. Die Richter werden auf Lebenszeit berufen, so dass in aller Regel ein

Präsident in seiner Amtszeit nur wenige Nominierungen vornehmen kann. Wenn aber, wie in Deutschland, die Exekutive vom Parlament abhängig ist, kann die Legislative keine effektive Kontrolle der Regierung ausüben, weil die Mehrheitspartei, die den Bundeskanzler / die Bundeskanzlerin stellt, sich mit der Politik der Exekutive identifizieren muss. In den USA aber kann es geschehen – und geschieht oft –, dass der Präsident gegen das Parlament regieren muss, weil seine eigenen Anhänger nicht über die Mehrheit verfügen. Erschwerend kommt hinzu, dass das Parlament aus zwei Kammern besteht: Dem Repräsentantenhaus (*United States House of Representatives*) und dem Senat (*United States Senate*). Während das Repräsentantenhaus alle zwei Jahre gewählt wird und die Zahl der Abgeordneten sich nach der Einwohnerzahl der Wahldistrikte richtet, also auch hier die bevölkerungsreichen Bundesstaaten im Vorteil sind, haben die Senatoren eine Wahlperiode von sechs Jahren, und jeder Bundesstaat entsendet zwei Senatoren, unabhängig von der Zahl der Bevölkerung. Die Wahl der Senatoren ist so geregelt, dass alle zwei Jahre ein Drittel des Senats zur Wahl steht. Zwei Jahre nach einer Präsidentenwahl muss daher wieder ein Wahlgang erfolgen, weil dann ein Drittel der Senatoren und das gesamte Repräsentantenhaus gewählt werden müssen. Diese Wahl nennt man *mid-term election*, weil sie in die Mitte einer Wahlperiode des Präsidenten fällt.

Was zusätzlich europäische Beobachter irritieren mag, sind die Vorwahlen oder *primaries*. Dabei geht es um eine innerparteiliche Auseinandersetzung, damit ein Kandidat / eine Kandidatin für das Repräsentantenhaus, den Senat oder das Präsidentenamt gefunden wird. Dazu müssen Wähler sich registrieren und hinter der Spalte ihres Namens ihre Partei angeben: ein R für Republikaner, ein D für Demokrat oder ein DS, was für *decline to state* steht, also dass diese Person es ablehnt, ihre Präferenz anzugeben. Nur Wählerinnen und Wähler, die ein R oder D angegeben haben, sind in den Vorwahlen zur Wahl zugelassen und können sich daher an der Kandidatenkür ihrer jeweiligen Partei beteiligen.

Zu den Wahlen selbst erhält man nicht, wie hierzulande, vom Einwohnermeldeamt eine Aufforderung zur Wahl, weil es solche Ämter nicht gibt, sondern man muss sich wiederum selbst registrieren lassen, um wahlberechtigt zu sein. Das hatte in der Vergangenheit vor allem in den Südstaaten zu erheblichen Behinderungen der schwarzen Bevölkerung geführt, weil sich weiße Polizisten und Rassisten vor den Registrierungsbüros mit Peitschen und Hunden aufstellten und recht erfolgreich verhinderten, dass sich Afro-Amerikaner registrierten. Erst die Bürgerrechtsbewegung hat hier grundlegende Änderungen herbeigeführt, doch hat es bei der Wahl 2012 ähnliche Versuche gegeben, bei Wählerregistrierungen den Führerschein oder andere Nachweise zu verlangen. Jedenfalls ist der Vorgang der Registrierung ein Grund, warum die Wahlbeteiligung relativ gering ist.

Ein zweiter Grund ist wohl in der puritanischen Vergangenheit, insbesondere in der „Sabbatheiligung“ zu suchen; denn die Wahlen dürfen nicht an einem Sonntag stattfinden, sondern werden an einem Dienstag

durchgeführt. Man muss damit rechnen, dass ein Teil der Bevölkerung dann nicht zur Wahl gehen kann, weil man arbeiten muss. Freilich gibt es die Möglichkeit der Briefwahl, deren Beliebtheit in jüngster Zeit sehr zugenommen hat.

### Spezielle Rahmenbedingungen

Dem Auswahlverfahren in den Vorwahlen liegt die Idee zugrunde, dass in einer Demokratie die gesamte Bevölkerung auch bei der Nominierung beteiligt sein sollte. Dieses an sich gute Ziel wird aber immer mehr durch die Tatsache konterkariert, dass die Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Präsidenten in den Vorwahlen Kompromisse eingehen müssen, um einerseits der „Basis“ zu gefallen und um andererseits die Geldgeber zu zufrieden zu stellen. Denn die Wahlen in den USA verschlingen riesige Geldmengen, die durch private Geldgeber aufgebracht werden müssen. Bis dato war es möglich, dass Privatpersonen in jeder Höhe direkt für oder gegen einen Kandidaten z. B. im Fernsehen oder in Zeitungen Werbespots oder Anzeigen schalten konnten. Diese Werbung musste dann mit dem Namen des Geldgebers gekennzeichnet werden. Die Gesetzgebung hatte Einzelspendern, die ihr Geld nicht direkt, sondern an eine Organisation geben wollten, ein Limit von \$ 5.000 auferlegt. Der Oberste Gerichtshof entschied jedoch in einem Aufsehen erregenden Prozess im Januar 2010 (*Citizens United gegen Federal Election Commission*<sup>1</sup>), dass Individuen, Gewerkschaften sowie die Industrie in unbegrenzter Höhe und ohne dass ihr Name genannt wird, an sog. *Political Action Committees* (PAC's) Geld spenden dürfen und dass diese PAC's das Geld wiederum in unbegrenzter Höhe ausgeben können, um für oder gegen eine Partei oder deren Kandidaten Werbung zu betreiben. Beobachter sind der Meinung, dass die konservativen Richter, die von Bush Vater und Sohn vorgeschlagen worden waren, zugunsten der PAC's entschieden haben. Nach Berechnungen des *Center for Responsive Politics* wurden bei den Wahlen im Jahre 2004 \$ 65,8 Mill., vier Jahre später \$ 147 Mill. und nach der Entscheidung *Citizens United* bei der letzten Wahl im Jahre 2012 \$ 1.031 Mill. ausgegeben.<sup>2</sup> Diese fast unglaubliche Steigerung, die auch als „finanzieller Tsunami“<sup>3</sup> bezeichnet wurde, bezieht sich nur auf Gelder, die zusätzlich zu dem aufgebracht werden, was die Parteien selbst in den Wahlkampf pumpen. Man kann jedoch an der schier Geldmenge unschwer erkennen, dass den Kandidaten mehr und mehr die Hände von

<sup>1</sup> [http://scholar.google.com/scholar\\_case?case=6233137937069871624&q=citizens+united+v.fec&hl=en&as\\_sdt=2,5&as\\_vis=1](http://scholar.google.com/scholar_case?case=6233137937069871624&q=citizens+united+v.fec&hl=en&as_sdt=2,5&as_vis=1) Hier findet sich der Text der Entscheidung. Zugegriffen am 4. 3. 2013.

<sup>2</sup> Open Secret.org zugegriffen am 28. 2. 2013.

<sup>3</sup> *Michael Winship, The 'Citizens United' Tsunami*, Consortium News vom 3. Oktober 2012, aufgerufen am 13. 10. 2013.

den Geld gebenden Interessengruppen gefesselt werden. Das soll an einem Beispiel verdeutlicht werden.

Die PAC's oder, wie sie normalerweise genannt werden, die Super PAC's spielen nach der Entscheidung *Citizens United* in den Wahlkämpfen eine immer größere Rolle. Besonders ausgeprägt ist dies bei der Republikanischen Partei (GOP = *Grand Old Party*). Bei ihr kommt noch hinzu, dass die *Tea Party* Bewegung zu einer Ideologisierung größten Ausmaßes beigetragen hat. Der Name *Tea Party* ist geschickt gewählt, weil jedes Schulkind weiß, dass mit der sog. *Boston Tea Party 1773*, als Kolonisten die britische Steuer auf Tee ablehnten und aus Protest Tee von britischen Schiffen in den Hafen von Boston kippten, die Ablösung der Kolonien vom Mutterland England begann. Man signalisiert mit dem Namen, dass eine spontane Bewegung entstanden ist, die es sich zum Ziel gesetzt hat, geradezu „revolutionäre“ Veränderung zu bewirken, insbesondere jede Art der Steuererhöhung strikt abzulehnen.

Der frühere amerikanische Vizepräsident Al Gore hat jedoch jüngst eine Studie des Nationalen Krebs-Instituts zitiert, wonach die *Tea Party* Bewegung keine spontane, populistische Vereinigung sei, sondern eine von langer Hand geplante Bewegung. Sie sei durch zwei Lobbyorganisationen, *Americans for Prosperity* und *Freedomworks* (Amerikaner für Wohlstand und Freiheit bewirkt's), finanziell abgesichert. Beide Verbände bildeten einstmals eine Organisation, die von zwei Milliardären, den Brüdern Charles und David Koch, und von der Tabakindustrie finanziell ausgestattet wurde.<sup>4</sup> Nach Gore sei es das Ziel, einen „Marktfundamentalismus“ zu befürworten, also das, was im Deutschen mit „unreguliertem Turbo-kapitalismus“ wiedergegeben werden könnte, und weitere Deregulierungen und Steuerermäßigungen für fossile Brennstoffe und Tabakprodukte zu verlangen.<sup>5</sup>

Die Firma Koch Industries, die vornehmlich im Öl- und Gasgeschäft tätig ist und deren Reichtum damit begann, dass sie mit der Sowjetunion unter Stalin in großem Umfang Geschäfte machte,<sup>6</sup> gehört zu den größten Umweltverschmutzern in den USA, weshalb die Brüder Koch in den letzten Jahren mit mehr als \$ 60 Millionen solche Gruppen und Verbände unterstützt haben, die den Klimawandel leugnen und Gesetze zum Umweltschutz bekämpfen. Außerdem haben sie fast \$ 200 Millionen ausgegeben, um weitere Deregulierungen durchzusetzen, um die unter George W. Bush

<sup>4</sup> Das geschätzte Vermögen der beiden Brüder beläuft sich zusammen auf \$ 50 Milliarden.

<sup>5</sup> *Al Gore, False Spontaneity of the Tea Party*, Reader Supported News vom 15. Februar 2013.

<sup>6</sup> Zu den Widersprüchen der amerikanischen Szene gehört es, dass der Vater der Brüder Koch zu den Mitbegründern und Geldgebern des rechts-radikalen, faschistoiden Geheimbundes *John Birch Society* gehörte, die in ihrem Anti-Kommunismus so weit gingen, den republikanischen Präsidenten Dwight Eisenhower des Kommunismus zu bezichtigen. Franklin H. Littell hat in seinem Buch *Wild Tongues. Handbook of Social Pathology*, The Macmillan Company 1969, 2 die Organisationen *White Citizens' Council* und die *John Birch Society* als *fascist-type conspiracies* bezeichnet. Einem Verbot durch den Kongress stehe im Wege, dass die Birchers das Parlament „infiltriert“ hätten, 70.

eingeführten Steuersenkungen für die Reichen beizubehalten und um die Gesundheitsreform Obamas zu Fall zu bringen. Diese Reform, von den Gegnern abfällig als „Obamacare“ bezeichnet, wird auch als „sozialistische Medizin“ diffamiert. Natürlich floss auch viel Geld von den Brüdern Koch in die Super PAC's.

Das *Center for Responsive Politics* hat herausgefunden, dass es im Jahre 2012 insgesamt 1.319 solcher PAC's gab, von denen allerdings viele nur sehr bescheidene Summen aufgebracht haben. Insgesamt aber wurden rund \$ 838 Mill. an Spenden eingenommen. Die größten Super PAC's sind:

<i>Restore our Future</i>	\$ 154 Mill.	für Romney
<i>American Crossroads</i>	\$ 117 Mill.	für Konservative
<i>Priorities USA Action</i>	\$ 79 Mill.	für Obama
<i>Majority PAC</i>	\$ 42 Mill.	für Gemäßigte
<i>House Majority PAC</i>	\$ 36 Mill.	für Gemäßigte
<i>Freedomworks</i>	\$ 23 Mill.	für Konservative
<i>Winning our Future</i>	\$ 24 Mill.	für Gingrich

In den Vorwahlen, wenn die Kandidaten auf die Basis treffen, sah es für die republikanischen Kandidaten sehr schlecht aus, weil man gegen alles sein musste, um die Vorwahlen zu gewinnen: Gegen jede Reform der Einwanderungsgesetze, obwohl jeder weiß, dass Millionen illegaler Menschen in den USA sind, zumeist Latinos, die als billige Arbeitskräfte gar nicht mehr wegzudenken sind, gegen die Erwärmung der Erdatmosphäre, obwohl zahlreiche Wissenschaftler unterschiedlicher Universitäten schrille Warnrufe ergehen ließen und obwohl Wirbelstürme in größerem Ausmaß die USA heimsuchten; gegen Evolution, obwohl die gewünschte Alternative, die sog. Schöpfungswissenschaft, von den Gerichten als „religiös“ eingestuft wird und damit wegen der Trennung von Kirche und Staat an öffentlichen Schulen nicht gelehrt werden darf; gegen jede Art von Steuererhöhungen, obwohl für jeden klar sein musste, dass der Schuldenberg und die damit verbundenen Zinslasten der öffentlichen Hand immense Geldsummen jährlich verschlingen und obwohl die unter George W. Bush durchgeführten Steuersenkungen nur den Superreichen zugute gekommen sind. Durch die Occupy-Bewegung wird die Gruppe als die 1% gekennzeichnet, weil diese 1% so viel an Reichtümern aller Art besitzen, wie die unteren 125 Millionen Einwohner zusammengenommen; von diesen haben 2011 196 Individuen 80% der Gelder aufgebracht, die an die Super PAC's gingen.<sup>7</sup> Zur Ideologie der Republikanischen Partei und der *Tea Party* Bewegung gehört auch die seit Ronald Reagan vehement geäußerte Be-

<sup>7</sup> Weitere Einzelheiten bei Ari Berman, *How Politics of the Super Rich Became American Politics*, TomDispatch vom 17. Februar 2012, abgerufen und gespeichert am 19. Februar 2012.

hauptung, der Regierungsapparat sei zu „aufgebläht“ und müsse auf ein Mindestmaß reduziert werden. Außerdem werden starke patriotische, um nicht zu sagen nationalistische, Töne angeschlagen, die zumeist mit dem Militär und den exorbitanten Rüstungsausgaben in einem Atemzug positiv genannt werden. Schließlich wird auf die von Gott gegebenen individuellen Freiheiten gepocht, die Amerika zu Wohlstand gebracht und damit das Land zu einer „Stadt auf dem Berge“ gemacht hätten. Das Sendungsbewusstsein der Nation ist hier begründet.

Die Kompromisse gegenüber den Anhängern der *Tea Party* Bewegung und der Basis insgesamt sowie den Geldgebern der Super PAC's können in den Vorwahlen den Kandidaten als schwere Bürde bei der eigentlichen Wahl anhängen; denn jeder Gegner kann immer wieder auf Zitate oder Aussagen zurückgreifen, die in dem Vorwahlkampf gefallen sind, um einen Mitbewerber der eigenen Partei auszustechen. Das hatte bei der Wahl 2012 dem Kandidaten der GOP, Mitt Romney, sehr geschadet; denn er konnte unschwer als „*flip flopper*“ gekennzeichnet werden, der heute dies und morgen jenes sagt, nur um gewissen Wählergruppen zu gefallen und um gewählt zu werden.<sup>8</sup> Er musste sich gegen einen ultra-konservativen Rick Santorum, gegen den früheren Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich und den „Libertarian“ Ron Paul durchsetzen. Umgekehrt half ihm dieses negative Renommee bei der ersten Fernsehdebatte gegen Obama, weil er sich gemäßigter gab, als zu erwarten war, und weil er zugleich aggressiver gegen Obama vorging, so dass viele Zuschauer angenehm überrascht waren.

## Religiöse Voraussetzung

Zu der ganz speziellen Voraussetzung der Wahl 2012 gehörte es, dass der republikanische Kandidat Mitt Romney den Abgeordneten und mächtigen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, zum Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten erkor. Damit waren die Fronten klar: Auf der einen Seite die amtierenden Demokraten Barack Obama und sein Vize Joe Biden und auf der anderen Seite die Herausforderer Mitt Romney und Paul Ryan von der GOP. Was die Religion anbelangt, so war eine besondere Konstellation eingetreten. Beide Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten gehören der römisch-katholischen Kirche an. Obama war bis zu seiner ersten Wahl Mitglied der *United*

---

<sup>8</sup> Er musste auch das Stigma los werden, dass er in den Vorwahlen 2008 gegen McCain verloren hatte. Auf seiner positiven Seite standen, dass er 1999 als Geschäftsführer des Organisationskomitees mit der Organisation der XIX. Olympischen Winterspiele in Salt Lake City, Utah, beauftragt worden war. Vgl. sein Buch *Turnaround: Crisis, Leadership, and the Olympic Games*, Washington, Regnery Publishing 2001 (mit Timothy Robinson). Positiv war auch, dass er 2003 zum Gouverneur des Bundesstaates Massachusetts gewählt worden war und erfolgreich den Haushalt sanierte.

*Church of Christ*, einer Kirche, die mit den deutschen Kirchen der Union Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft unterhält. Seit im Wahlkampf 2008 die Presse den schwarzen Pastor von Obamas Gemeinde in Chicago, Jeremiah Wright, bezichtigte, „unpatriotische“ Tendenzen in seinen Predigten zu zeigen und im Internet etliches davon zu sehen und zu hören war, zog es Obama vor, seine Mitgliedschaft in dieser Kirche aufzukündigen, um seine Wahlchancen nicht aufs Spiel zu setzen. Seit seinem Umzug aus Chicago nach Washington gab es keine Anzeichen, dass die Familie Obama sich eine neue geistliche Heimat gesucht hätte. Es kann jedoch kein Zweifel sein, dass Obama ein evangelischer Christ ist, der sein Leben „Christus übergeben hat“, wie er es einmal vor einer schwarzen Zuhörerschaft ausdrückte.<sup>9</sup> Noch im Juli 2012 hatte das Pew Forschungszentrum herausgefunden, dass die meisten US Wähler eine „starke religiöse Bindung“ des Präsidenten für wichtig erachten. Gleichzeitig aber zeigten die Wähler ein nur geringes Wissen von den religiösen Überzeugungen Obamas oder Romneys.<sup>10</sup> Das ist besonders bei Letzterem überraschend, weil er „Bischof“ der Kirche Jesu Christ der Heiligen der Letzten Tage ist, die man gewöhnlich als Mormonen bezeichnet. Man hätte erwarten können, dass zwei römische Katholiken und ein Mormone genügend religiösen Zündstoff bieten, um „protestantische“ Wähler zu erschrecken. Dass dies jedoch nicht der Fall war, könnte auf zwei Möglichkeiten verweisen: Obwohl im Juni 2012 immerhin noch 18 % der Wahlberechtigten angaben, keinen Mormonen im Weißen Haus haben zu wollen,<sup>11</sup> könnte es dennoch sein, dass die Mormonen nicht mehr als religiöse „Sonderlinge“ gelten, sondern vermutlich wegen ihres Patriotismus so weit in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind, dass einer der Ihren Kandidat für das höchste Amt der USA werden kann. Das Argument wäre dann, dass zuvor schon ein römischer Katholik, nämlich John F. Kennedy, in der Lage war, trotz seiner Religion zu gewinnen. Was Kennedy möglich war, könnte auch für Romney zutreffen, was dann auch hieße, dass der Religionszugehörigkeit eines Kandidaten inzwischen eine geringere Bedeutung zugeschrieben wird als früher. Die zweite Möglichkeit bestände darin, dass die politischen Leitlinien des Kandidaten Romney so sehr das Herz der konservativen Republikaner ansprachen, dass dahinter dem religiösen Thema weniger Bedeutung zukam. Freilich wäre das nur ein Spiegelbild der Republikaner und würde wenig über die allgemeine Stimmung im Land aussagen.

<sup>9</sup> „I committed my life to Christ“, sagte er und benutzte eine typische Wendung „evangelikaler“ Christen. Vf. hat das am Fernsehen selbst verfolgt.

<sup>10</sup> Pewforum.org Religion & Politics 26. Juli 2012 aufgerufen und abgespeichert am 27. Juli 2012.

<sup>11</sup> So Anna Klenke am 26. Juni 2012 unter [www.care2.com/18-of-americans-wont-vote-for-mormon-presidential-candidate](http://www.care2.com/18-of-americans-wont-vote-for-mormon-presidential-candidate). Aufgerufen und abgespeichert am 27. Juni 2012.

## Das Gespann Romney – Ryan

Dass bei den Republikanern tatsächlich die „politische Philosophie“ des Gespanns Romney-Ryan wichtiger war als die Religion, lässt sich vor allem an dem fundamentalistischen und evangelikalen Segment der Wählerschaft erkennen. In diesem Lager galten noch während der Vorwahlen die Mormonen als „Sektierer“, die zu bekämpfen waren und die deshalb den ehemaligen Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, favorisierten. Auch diese Vorliebe ist indes nicht ohne weiteres einleuchtend. Gingrichs schwer erkrankte Frau hatte sich von ihm scheiden lassen, weil sie mit einer von ihm vorgeschlagenen Dreiecksbeziehung nicht einverstanden war. Gingrich trat dann zum Katholizismus über und heiratete seine wesentlich jüngere Geliebte. Das hat alles wenig mit den konservativen „Familienwerten“ zu tun. Doch gerade dieser Punkt der *family values* ist ein Plus für einen Mormonen. Diese führen aus religiösen Gründen ein vorbildliches Familienleben,<sup>12</sup> und Romney zeigte sich auf vielen seiner Wahlveranstaltungen bewusst mit seiner Frau und seinen Kindern, so dass dadurch dem Bild einer „typischen“ amerikanischen Familie entsprochen werden konnte, ohne dass die Zuschauer diesen Teil seines Lebens mit seinem Mormonentum identifizieren mussten. Romneys Mormone-Sein kam ihm an diesem Punkt bei Fundamentalisten und Evangelikalen entgegen.

Außerdem klebt an dem Bild, das die Öffentlichkeit von Obama hat, immer noch das Vorurteil, er sein ein Muslim. In dem bereits zitierten Bericht des Pew Forschungszentrums heißt es, dass 17 % der registrierten Wähler Obama für einen Muslim halten. Unter den konservativen Republikanern ist der Prozentsatz doppelt so hoch (34 %), so dass die Folgerung naheliegt, dass diese Wähler einen weißen Mormonen einem schwarzen Muslim vorziehen würden. Innerhalb dieser Wählergruppe haben Fundamentalisten und Evangelikale einen bedeutenden Anteil.

Was allerdings die Konservativen völlig elektrisierte, war die Nominierung von Paul Ryan als Anwärter auf den Posten des Vizepräsidenten. Auf der anderen Seite zeigte der Parteitag der Republikaner nach Meinung „liberaler“ Politiker deren ganzes Ausmaß der Ideologisierung. So schrieb der ehemalige Arbeitsminister unter Präsident Bill Clinton, Robert Reich, am 25. September 2012 in seinem Blog: „we have a party that’s been taken over by Tea Partiers, nativists, social Darwinists, homophobes, right-wing evangelicals, and a few rich people whose only interest is to become even wealthier = Wir haben eine Partei, die übernommen ist von den Tea Party Anhängern, Nativisten, Sozialdarwinisten, Homophoben, rechtslastigen Evangelikalen und einigen Reichen, deren einziges Interesse darin besteht, noch begütert zu werden.“ Schon zuvor, am 12. August 2012, hatte die New York Times geschrieben, dass mit der Nominierung Paul Ryans die einstmaligen Außenseiter der Partei nunmehr „fraglos das Herz der

<sup>12</sup> Romney hat sich dem mormonischen Ritual der Ehe „auf Zeit und Ewigkeit“ unterworfen.



modernen Republikanischen Partei darstellen.“ In einer Glosse porträtierte der frühere Vizepräsident Al Gore den Kongressabgeordneten Paul Ryan als einen „virulenten Leugner der Klimawissenschaften“, der als Liebling der Brüder Koch die Wissenschaftler beschuldige, sie seien in eine „Verschwörung“ verwickelt, um die Öffentlichkeit über den Klimawandel in die Irre zu führen. Er behaupte sogar, dass der Schnee, den es in Ryans Bundesstaat Wisconsin reichlich gibt, die globale Erwärmung aufheben würde.<sup>13</sup>

## Paul Ryan – Ayn Rand

Als Paul Ryan ein einfacher Kongressabgeordneter aus Wisconsin war, hatte er wiederholt in Reden erklärt, dass der 1957 erschienene Roman „*Atlas Shrugged*“ von Ayn Rand ihn so nachhaltig beeinflusst habe wie kein zweites Buch und dass er es allen seinen Mitarbeitern und Praktikanten zur Pflichtlektüre verordnet habe. Nach seiner Nominierung zum Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten war ihm offenbar diese Selbst-Enthüllung peinlich, zumal katholische Bischöfe verlauten ließen, die Thesen der erklärten Atheistin Ayn Rand seien mit der katholischen Soziallehre unvereinbar. Von Ayn Rand wird behauptet, dass ihre Bücher direkt nach der Bibel den meisten Einfluss im wirtschaftlichen und politischen Leben der USA haben und dass unter den Frauen in der Öffentlichkeit weder Hillary Clinton noch Michelle Obama an ihre Bedeutung heranreichen.<sup>14</sup> Wenn dem so ist und wenn außerdem gesagt werden kann, dass diese Frau in Deutschland so gut wie unbekannt ist – ihre Bücher waren nur schwer per Fernleihe zu erhalten –, dann muss man dringend die Frage stellen: Wer war diese Frau und was wollte sie? Es kann nicht Aufgabe sein, ihr Gedankengebäude im Einzelnen darzulegen, sondern es sollen lediglich Grundlinien erkennbar werden, die es erlauben, die Vorgänge um die Präsidentenwahl 2012 besser zu verstehen.

## Ayn Rand

Ayn Rand wurde 1905 als Alisa Sinowjewna Rosenbaum in St. Petersburg geboren und starb 1982 an Lungenkrebs in New York. Auf etwas abenteuerliche Weise kam sie 1926 nach Chicago zu Verwandten auf der Flucht vor den Bolschewiken, die ihre Familie verarmen ließen, nachdem die Apotheke ihres Vaters enteignet worden war. In bewusster Ablehnung des sowjetischen Kommunismus konzentrierte sich Ayn Rand bei dem, was sie „Objektivismus“ nannte, ausschließlich auf das Individuum. Alle Ent-

<sup>13</sup> Al Gore, *Meet Paul Ryan*, Reader Supported News vom 14. August 2012, aufgerufen und abgespeichert am 16. August 2012.

<sup>14</sup> Es gibt sogar ein Lexikon: Harry Binswanger (Hg.), *The Ayn Rand Lexicon*, New York (New American Library) 1986.

scheidungen, die ein Individuum zu treffen hat, sollen an seinem rationalen Eigeninteresse ausgerichtet sein. Entsprechend heißt der Titel eines ihrer Bücher mit gesammelten Aufsätzen *The Virtue of Selfishness*. Die Konzentration auf das Eigeninteresse ist die Tugend schlechthin. Weil alles am selbstischen Glück orientiert ist, müssen mithin alle Entscheidungsprozesse, in die ein Individuum eingebunden ist, in die Frage verlagert werden, wie die eigenen Erfolge zu steigern sind. Dieser radikale Individualismus fragt nicht nach dem Allgemeinwohl oder nach sozialen Netzen, mit denen die Schwächeren der Gesellschaft aufgefangen werden können. Die gesellschaftliche Stellung der Schwächeren ist vielmehr dem Umstand geschuldet, dass sie sich selbst nicht in genügendem Maß ihres eigenen Erfolgsstrebens bewusst gewesen sind und daher nicht in dem erforderlichen Maße die Tugend des Selbstinteresses ins Spiel gebracht haben. Das Prekariat ist selbstverschuldet.

Damit setzt sich Ayn Rand von dem ab, was sie im Amerika des Präsidenten Franklin D. Roosevelt nach der „Großen Depression“ erlebt hatte: Mit dem *New Deal* wurden Beschäftigungsmaßnahmen, Wohlfahrtsprogramme und andere Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft anzukurbeln und den in Armut gefallenen Menschen zu helfen, Boden unter den Füßen zu gewinnen. Die unterschiedlichen Aktionen und der Aufbau eines in Ansätzen erkennbaren Sozialstaates machten eine effektive und bürokratische Administration erforderlich. Für Ayn Rand war das nichts anderes als der Versuch, eine Bürokratie einzuführen, die weite Bereiche des Lebens reguliert, was in den USA unter dem Stichwort „*big government*“ läuft. *Big government* aber war für sie Abkehr vom reinen Individualismus, Abkehr vom unregulierten Kapitalismus und Beginn einer neuen Form eines sozialistischen oder kommunistischen Totalitarismus.

Ayn Rands Idealbild des Menschen bzw. des aus ihrer Sicht „wirklichen“ Menschen ist der kreative, rational agierende und damit seinen eigenen Vorteil sichernde „Macher“. Diesen „Machern“, die konsequent ihre rational einsichtigen Eigeninteressen vertreten, stehen die „Parasiten“ gegenüber, die sie auch Plünderer (*looters*) oder Schnorrer (*moochers*) nennt, und die am liebsten über das, was sich die Individualisten hart erarbeitet haben, herfallen würden, um es zu plündern oder an sich zu reißen. Aber eine Umverteilung einmal erworbenen Reichtums wäre in den Augen Ayn Rands „obszön“. Zwischen den heroischen Machern und den Parasiten, zwischen „gut“ oder „böse“ gibt es keinen Mittelweg. Den „guten“ Weg einzuschlagen bedeutet nichts anderes, als dass ein regulierendes *big government* abgeschafft werden muss; die Regierung muss auf das angemessene Maß zum Unterhalt von Polizei, Militär und Justiz schrumpfen. Wenn das erst einmal eingetreten ist – je früher, desto besser –, setzt sich gewissermaßen automatisch der von den kreativen, langfristig-denkenden Individualisten dominierte „freie Markt“ durch und fördert den Fortschritt aller. Das „Hineinregieren“ der Bürokratie bringt stattdessen das hervor,

was Ayn Rand „*statism*“ oder „*collectivism*“ nennt, also etwa „Unbeweglichkeit“ und Kollektivismus. Daraus folgt für Rand, dass der *laissez-faire* Kapitalismus und die Uneigennützigkeit, bei Rand *altruism* genannt, nicht kompatibel sind. Sie sind Gegensätze und können nicht zugleich in einem Menschen oder in einer Gesellschaft ko-existieren. Es geht wieder um ein Entweder-Oder, weil es nirgendwo im Leben Grauzonen geben darf. Daher muss der Kapitalismus in seiner „vollen, reinen, unkontrollierten und unregulierten“ Art verwirklicht werden, was bisher auch in den USA noch nicht der Fall war.<sup>15</sup> Vorbild für die Trennung von Staat und Wirtschaft ist die Trennung von Staat und Kirche. Letztere bedeutet für Ayn Rand, dass sich der Atheismus frei entfalten kann und religiös-moralische Werte ersatzlos wegfallen, weil sie nicht rational einsehbar sind. Mit der Trennung von Staat und Wirtschaft würde sich daher auch hier der einzig rationale, „objektive“ Weg bahnen lassen zu einem *laissez-faire* Kapitalismus. Es gilt, diesen Kapitalismus als „freie Marktwirtschaft“ in die sozio-ökonomische Wirklichkeit umzusetzen. Dazu vertraut Ayn Rand auf die „heroischen“ Macher, deren Produktivität das einzig sichere Zeichen einer Moral darstellt: Das Individuum hat sich entschieden zu leben. Leben wird daher definiert als „rationale Produktivität“ mit dem Ziel, Reichtum, Wohlstand und Glück – *happiness* – zu erreichen.

### Ayn Rand und die GOP

An dieser Stelle lässt sich der Einfluss Ayn Rands auf die Republikanische Partei unschwer erkennen; denn seit Ronald Reagan, der ebenso wie Alan Greenspan<sup>16</sup> als Schüler von Ayn Rand gilt – falls man Reagan überhaupt als „Schüler“ von irgendwem bezeichnen kann –, gehört die Polemik gegen *big government* zu den Standardsätzen der konservativen Republikaner, obgleich der Regierungsapparat gerade unter Reagan zugenommen hatte. Fest steht jedoch auch, dass nach Meinung von fast 2/3 der US-Amerikaner die größte Gefahr für die Gesellschaft nicht von der Gier der Banker und des *big business* ausgeht, sondern von der Regierung und ihren Sozialprogrammen. Reagan gebrauchte einst dafür das Bild der „Wohlfahrtskönigin“ – *welfare queen* –, also einer Frau, die, ohne zu arbeiten, auf Kosten der Allgemeinheit von der Wohlfahrt lebt und in einem Straßenkreuzer stolz durch Los Angeles oder Las Vegas fährt.<sup>17</sup> Diese „Königin“ ist das genaue Gegenbild der „Helden“ von Ayn Rand, die einen anderen Stolz verkörpern: Sie machen von ihrem individuellen Recht Gebrauch, durch eigene

<sup>15</sup> [http://www.aynrand.org/site/PageServer?pagename=ari\\_ayn\\_rand\\_the\\_objectivist\\_et-hics](http://www.aynrand.org/site/PageServer?pagename=ari_ayn_rand_the_objectivist_et-hics) abgerufen am 21. 3. 2013.

<sup>16</sup> Der frühere Vorsitzende des Federal Reserve gehörte zu einem Lesezirkel, der sich bei Ayn Rand traf, um ihre Bücher gemeinsam zu lesen.

<sup>17</sup> Auf Englisch könnte man im Sinne Reagans das so sagen: *A welfare queen who draws her welfare paycheck, gets into her Cadillac and cruises up and down Sunset Boulevard.*

Anstrengungen und Höchstleistungen zu Geld, Einfluss und Ansehen zu kommen. Die Botschaft heißt auch hier, dass Armut selbstverschuldet ist, dass daher alle Wohlfahrtsprogramme zu streichen sind und dass die Personen am besten überleben, die es verstehen, sich selbst zu verwirklichen. Ein kruder Sozialdarwinismus lässt sich erkennen.

Für eingefleischte Anhänger des Rand'schen Objektivismus ist das allerdings kein „purer Egoismus“, der das „persönliche Glück“ eines Menschen über alle anderen Anliegen, „einschließlich des Lebens und des Eigentums von anderen Menschen“, stellen würde. Egoismus sei vielmehr „ein böartiger, destruktiver Moralkodex“. Die angemessene Zusammenfassung einer „objektivistischen Ethik“ sei der Ausdruck „kein Opfer“. Daraus leitet man gewissermaßen einen „objektivistisch-kapitalistischen Imperativ“ ab, um ein Leben „für andere“ abzuwenden, was in den Augen Ayn Rands nichts anderes als Sklaverei bedeuten würde: „Opfern Sie niemals Werte für andere, und fordern Sie nie Opfer von anderen. Leben Sie das Leben eines Händlers in jeder Hinsicht.“<sup>18</sup> Diese simple Formel hat jedoch weitreichende Konsequenzen, was z. B. Rolle und Funktion des Staates anbelangt. Wie bereits dargelegt, hat der Staat nach dieser „objektivistischen“ Maxime nur die eine Aufgabe, die Bürger nach Innen und Außen durch Polizei und Militär vor Gewalt zu schützen. Nur dafür und zum Unterhalt der Justiz zwecks Aufrechterhaltung des Rechts und der Eigentumsrechte darf er Steuern eintreiben. Mischt er sich in andere Belange ein, verletzt er das individuelle Recht, und er begeht Diebstahl am Eigentum des Einzelnen, wenn er für diese anderen, illegitimen Aufgaben Steuern erhebt. Steuern sind daher nichts anderes als Diebstahl. Ganz im Sinne der Waffenindustrie wird angefügt, dass die Schutzfunktion des Staates das individuelle Recht auf Selbstverteidigung nicht aufhebt. Wenn daher ein Dieb in ein Haus einbricht, hat der Hausbesitzer das moralische Recht, den Dieb zu erschießen. Dann muss sich der Hausbesitzer zwar vor Gericht für seine Handlung verteidigen, aber der Prozess kann immer nur zugunsten des Hausbesitzers ausgehen. Würde er indes zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, würde „der Staat ein ganz neues Verbrechen gegen“ den Hausbesitzer begehen.<sup>19</sup> Der Staat hat also nur die eine Aufgabe, dem Fortkommen des Individuums durch Bereitstellung des Freiraums zur vollen Entfaltung zu dienen, wie umgekehrt das Individuum nicht existiert, um dem Staat zu dienen.<sup>20</sup>

---

<sup>18</sup> <http://objektivismus-fuer-dummies.blogspot.de/> (Wie können wir richtig und falsch unterscheiden?), abgerufen am 22. 3. 2013.

<sup>19</sup> Ebd. (Warum brauchen wir einen Staat?).

<sup>20</sup> Seit Rand sich 1975 einer Operation wegen Lungenkrebs unterziehen lassen musste, wurde sie regelmäßig gepflegt. Sie hatte keine Skrupel, entgegen ihrem Credo dafür öffentliche Hilfen in Anspruch zu nehmen.

## Kritik

Unter der Überschrift „Puppenhausprosa der Kapitalisten“ spottete die Wochenzeitung DIE ZEIT, dass die Rand'sche „Schule des Objektivismus“ doch wohl eher eine „Sonderschule“ sei. „Aus einem dümmlichen und plumpen Ideologien eine ‚Schule‘ zu machen, hieße tatsächlich, ein Stück Kot zu vergolden.“ Der Kommentar kommt zu dem Schluss: „Dass dieser hahnbüchene, schlecht geschriebene Murks in den USA so viele Anhänger findet, sagt über Ayn Rand nichts, aber über die moralische und intellektuelle Degeneriertheit der USA eine ganze Menge.“<sup>21</sup> Dem kann man zustimmen, allerdings mit der politisch brisanten Anmerkung, dass der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, diese moralische und intellektuelle Degeneriertheit repräsentiert. Er warb im Wahlkampf und wirbt immer noch unaufhaltsam für „*smaller and smarter government*“ und bezeichnet seinen Haushaltsentwurf, der aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus wohl angenommen wird, als „*path to prosperity*“, Weg zum Wohlstand. Der Quäker Bob Burnett schrieb daher, dass dieser Haushaltsentwurf die Kernkomponenten des Sicherheitsnetzes angreift: „*The Paul Ryan budget attacks the core components of the safety net: Social Security, Medicare, Medicaid, Food Stamps, and affordable Health Care.*“<sup>22</sup> Dazu kommt natürlich, dass es keine Steuererhöhungen für die 1% der reichen US-Amerikaner geben soll, die immerhin so viel Kapital und Eigentum besitzen wie 125 Millionen Menschen der unteren Einkommensgruppen. Dieses Ungleichgewicht wird mit dem Rand'schen Argument verteidigt, dass die Reichen die Arbeitsplätze schaffen, und je mehr diese besitzen, desto mehr Arbeitsplätze würden sie zur Verfügung stellen.<sup>23</sup>

<sup>21</sup> <http://www.zeit.de/kultur/literatur/2012-08/ayn-rand-der-streik/seite-2?commentstart=17#cid-2257265>, abgerufen am 22. 3. 2013.

<sup>22</sup> [http://www.huffingtonpost.com/bob-burnett/romney-ryan-rand-the-repu\\_b\\_1796307.html](http://www.huffingtonpost.com/bob-burnett/romney-ryan-rand-the-repu_b_1796307.html), abgerufen am 21. 3. 2013. *Social security* ist die Sozialversicherung, *Medicare* ist die öffentliche Krankenversicherung für ältere Menschen, *Medicaid* für Menschen geringen Einkommens; *Food stamps* sind Lebensmittelgutscheine für die Armen und als *affordable health care* wird die Gesundheitsreform Obamas bezeichnet, von den Gegnern auch als *Obamacare* und „sozialistische Medizin“ verunglimpft. Konservative Kreise in den USA verwechseln gern *Obamacare* mit westeuropäischen staatlichen Modellen der Sozial- und Krankenversicherung und denunzieren das als marxistisch-leninistischer Totalitarismus. Obama griff das Wort *Obamacare* positiv auf, indem er sagte, *yes I care, in fact I do care*.

<sup>23</sup> Als am 1. März 2013 automatisch nach der Rasenmähermethode Haushaltskürzungen in Kraft traten, klagte Bob Burnett, dass die Republikanische Partei (GOP) den Anarchisten Raum gegeben habe: „*The March 1 sequester budget cuts are yet another product of crises manufactured by the ultra-conservative wing of the Republican Party. These Tea Party extremists have one objective: crush the federal government. Motivated by a strange brew of Old Testament Christianity and Ayn Rand's ‚objectivism,‘ they're a lethal force within the GOP – anarchists*“: [http://www.huffingtonpost.com/bob-burnett/sequester-cuts\\_b\\_2788936.html](http://www.huffingtonpost.com/bob-burnett/sequester-cuts_b_2788936.html), abgerufen am 22. 3. 2013.

Der rechtslastige Fernsehsender Fox eilte Ryan mit Rand'scher Apologie in drei Punkten zu Hilfe: 1. „Der Kapitalismus ist gut, sagte Rand, weil er die Fähigkeit jedes Menschen verteidigt, aus seinem Leben das Beste zu machen, und die Einmischung der Regierung, die solche Menschen ihres Reichtums und ihrer Freiheit beraubt, ist moralisch falsch“.<sup>24</sup> 2. „Entschuldigt Euch nicht für die Motivation zum Profit [...] Rand hat das Wesentliche auf den Punkt gebracht: Profit ist das Wahrzeichen der Produktion.“<sup>25</sup> 3. „Renne von jedem weg, der das ‚öffentliche Wohl‘ hinausposaunt.“<sup>26</sup>

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums machen sich Kritiker lustig über diese Individualismus-Ideologie. So konnte man unlängst eine ironische Nachbildung des Vaterunser unter der Überschrift „Das Gebet für individuelle Verantwortung“ lesen:

### ***Individual Responsibility Prayer***

*Our Father, great Creator,  
Hallowed be thy Name.*

*Thy Kingdom come, thy will be done with minimal government interference.  
Give us this day our daily bread.*

*Or – on second thought – sell us our daily bread,*

*At a price determined by the market,*

*For giveaways breed dependency and urban decay,*

*As Paul Ryan's PowerPoint presentation lucidly demonstrates.*

*Forgive us our trespasses, as we forgive them that trespass against us.*

*Lead us not into temptation, but deliver us from evil.*

*And this might seem random, but hast Thou read this book „Atlas Shrugged“?*

*It gets a bit long in places, and Thou might disapprove of some of the sex stuff,*

*But it really makes a lot of good points about individualism and property rights,*

*And it makes thy creation think about why some people are so hell-bent on punishing success.*

*Now that I think of it, Father, Thou kind of strike me as a John Galt type.*

*Or maybe more of a Hank Rearden.*

*No, no. Definitely Galt.*

Unser Vater, großer Schöpfer,

Geheiligt werde dein Name.

Dein Reich komme, dein Wille geschehe mit einem Minimum an Regierungseingriffen.

Unser tägliches Brot gib uns heute.

oder – nach reiflicher Überlegung – verkaufe uns unser tägliches Brot,  
zu einem Preis, der vom Markt festgelegt wird,

<sup>24</sup> „Capitalism is good, said Rand, because it protects each man's ability to make the most of his own life – and government intervention, which strips such men of their wealth and their freedom, is morally wrong.“

<sup>25</sup> „Don't apologize for the profit motive [...] Rand sets the record straight. A profit, she notes, is the insignia of production.“

<sup>26</sup> „Run from anyone trumpeting ‚The Public Good‘“. <http://www.foxnews.com/opinion/2013/02/02/3-crucial-lessons-ayn-rand-can-teach-us-today/#ixzz2Oof7bGZZ>, abgerufen am 22. 3. 2013.

Denn kostenlose Geschenke bringen nur Abhängigkeiten und städtischen Verfall hervor,  
 Wie Paul Ryan's Power Point Präsentation einleuchtend demonstriert.  
 Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern.  
 Führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns vom Bösen.  
 Und dies mag ziellos scheinen, aber hast Du das Buch ‚Atlas Shrugges‘ gelesen?  
 Es ist hier und da etwas lang, und Du magst einiges von dem Sex-Gedöhns tadeln  
 Aber es enthält eine Menge guter Dinge über Individualismus und Eigentumsrechte.  
 Und es lässt Deine Schöpfung darüber nachdenken, warum einige Leute so versessen darauf sind, den Erfolg zu bestrafen.  
 Jetzt, wenn ich darüber nachdenke, Vater, kommst Du mir vor wie ein John Galt Typ.<sup>27</sup>  
 Oder vielleicht mehr wie ein Hank Rearden.<sup>28</sup>  
 Nein, nein, definitiv Galt.  
 Amen.<sup>29</sup>

## Der Religionsfaktor in der Wählerschaft

Wenn man sich die speziellen religiösen Rahmenbedingungen ansieht und sich die Ideologisierung der Republikanischen Partei mittels des Gedankengebäudes der Ayn Rand vor Augen hält, dann sollte man eigentlich erwarten, dass protestantische Wahlberechtigte, und nicht zuletzt die zahlreichen evangelikalen und fundamentalistischen Wähler unter ihnen, in Scharen zur Demokratischen Partei gelaufen wären. Denn wie kann ein derartig schauerlicher Individualismus mit sog. „judeo-christlichen Werten“ vereinbar sein? Wie kann man eine Gesundheitsreform ablehnen, die zum ersten Mal etwa 30 Millionen Amerikanern Zugang zu einer Krankenversicherung verschafft hatte, dabei aber immer noch 20 Millionen unberücksichtigt ließ?<sup>30</sup> Wie können Evangelikale und Fundamentalisten sich den Werten einer erklärten Atheistin zuwenden? Dass diese Art des Kapitalismus mit der katholischen Soziallehre unvereinbar ist, hatten immerhin einige römisch-katholische Bischöfe verlauten lassen. Aber die Signale anderer Bischöfe waren nicht so eindeutig. Nicht wenige katholische

<sup>27</sup> Einer der Hauptcharaktere in dem Buch „Atlas Shrugged“, der am Ende des Buches eine lange Rede hält, die Ayn Rands Gedankengebäude wiedergibt.

<sup>28</sup> Ein anderer von Rands Charaktere; er ist Besitzer eines Stahlkonzerns und Erfinder eines neuen Produkts, das besser ist als Stahl. An ihm demonstriert die Verfasserin auch ihre Ideen über die Geschlechtlichkeit (Sex).

<sup>29</sup> <http://www.newyorker.com/online/blogs/shouts/2013/03/shouts-murmurs-republican-prayers-humor.html#ixzz2OFwiBpGi>, aufgerufen am 20. 3. 2013.

<sup>30</sup> Während der Präsidentschaft Bill Clintons hatte seine Frau Hillary den vergeblichen Versuch einer Gesundheitsreform gemacht. Bis zu Obamas Reform waren 50 Millionen Amerikaner, d. h. ca. 1/6 der Bevölkerung, ohne Krankenversicherung – ein in Deutschland unvorstellbarer Zustand.

Bischöfe betrachten offenbar die gesamte Politik nur aus dem Blickwinkel, wie sich Kandidaten zur Frage der Abtreibung oder der gleichgeschlechtlichen Ehe verhalten und ließen daher verlauten, auch ein Mormone sei wählbar, weil sich der Präsidentschaftskandidat Mitt Romney zu diesen Punkten eindeutig geäußert hatte. Offenbar war dies auch für weiße evangelikale Amerikaner leitend.

Wenn man den Religionsfaktor heranzieht, ergibt sich folgendes Bild: Vergleicht man den Rückhalt für Romney mit der Unterstützung für die Republikaner in den vorhergehenden Wahlen 2004 und 2008, so fällt auf, dass die weißen evangelikalen (und fundamentalistischen) Wähler im ganzen Land George W. Bush 2004 mit 79 % gewählt haben, John McCain 2008 mit 73 % und Romney wiederum mit 79 %.<sup>31</sup> Romney gelang es also, die 6 % wieder wettzumachen. Mormonen votierten mit 78 % für Romney, was genau dem Prozentsatz entspricht, den George W. Bush 2004 unter ihnen erreichen konnte. Das scheint anzudeuten, dass eine „konservative“ Gesinnung wichtiger ist als die religiöse Überzeugung; denn man sollte eigentlich bei dem starken internen Zusammenhalt der Mormonen erwarten, dass sie in größerem Umfang für einen der Ihren gestimmt hätten. Überraschend ist auch, dass 54 % der sog. mainline Protestanten sich für Romney entschieden. Auch hier wich das Ergebnis nur um 1 % zuungunsten von Romney von der Zahl vor vier Jahren ab (55 % für McCain). Die Prozentzahl weißer Katholiken, die für Romney stimmten, lag bei 59 % gegenüber 52 % vor vier Jahren für McCain. Das könnte darauf verweisen, dass katholische Wähler nicht nur auf einige Bischöfe geachtet haben, sondern auch darauf, dass der Anwärter für das Amt des Vizepräsidenten ein Katholik war.

Die Frage ist dann, wer sich für Obama entschied. Nach den Analysen des Pew Forschungszentrums haben die religiös nicht gebundenen Wähler und die Juden zu 70 % bzw. 69 % Obama gewählt und damit einen Trend bestätigt, der bei Präsidentschaftswahlen schon längere Zeit anhält. Es überrascht nicht, dass 95 % der Afro-Amerikaner für Obama votierten. Hier scheint außer der Hautfarbe und der protestantischen Religion auch der sozio-ökonomische Faktor eine große Rolle zu spielen. Diesen muss man auch ansetzen, um zu erklären, dass 75 % der katholischen Latinos Obama gewählt haben, so dass insgesamt 50 % der katholischen Stimmen an Obama/Biden gingen, während Romney/Ryan 48 % erhielten. Dass bei den weißen Katholiken und den konservativen Evangelikalen die Hautfarbe eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen scheint, verweist auf die nach wie vor besonders im Süden anzutreffende Diskriminierung von Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Dieser Rassismus erklärt den Hass vieler Weißer auf den Präsidenten, den sie offen mit Wahlkampfansteckern zum Ausdruck brachten, auf denen lediglich die drei Buchstaben OMG zu lesen war und die zur Überschrift

---

<sup>31</sup> Diese Prozentzahlen beziehen sich auf sog. *exit polls*, also Befragungen der Wähler nach Verlassen des Wahllokals. ANALYSIS Pew Forum December 7, 2012, abgerufen und abgespeichert am 8. 12. 2012.



dieses Artikel gewählt wurde: Obama Must Go. Dass 21 % der Mormonen für Obama stimmten, ist angesichts des früher offen vertretenen Rassismus innerhalb dieser Religionsgemeinschaft bemerkenswert.

Auffallend für einen Betrachter ist es auch, dass Wähler, die angeben, mindestens einmal pro Woche eine religiöse Veranstaltung zu besuchen, zu 59 % für Romney und nur zu 39 % für Obama abgestimmt haben. Diese Zahlen zugunsten der Republikaner sind seit etlichen Präsidentschaftswahlen konstant. Der regelmäßige Besuch der Gottesdienste bewirkt offenbar eine konservative Haltung, während Wähler, die nur wenige Male im Jahr einen Gottesdienst besuchen, zu 55 % Obama und zu 43 % Romney ihre Stimme gaben.

	<i>Obama</i>	<i>Romney</i>
Protestanten	42,00%	57,00%
Weiße Protestanten	30,00%	69,00%
Wiedergeborene/Evangelikale	20,00%	79,00%
Nicht-Evangelikale	44,00%	54,00%
Schwarze Protestanten	95,00%	5,00%
Römische Katholiken	50,00%	48,00%
Weiße	40,00%	59,00%
Latinos	75,00%	21,00%
Juden	69,00%	30,00%
Andere Glaubensgemeinschaften	74,00%	23,00%
Keine religiöse Bindung	70,00%	26,00%

Die gleichbleibend hohe Unterstützung für republikanische Kandidaten ist unter religiösen Gesichtspunkten bei dieser Wahl noch erstaunlicher, weil, wie bereits angedeutet, Mitt Romney ein Bischof in der Hierarchie der Mormonen ist und Mormonen seit jeher in den Augen der Protestanten und insbesondere der Evangelikalen und Fundamentalisten als „Sektierer“ galten. Lediglich das fundamentalistische „Stahlross“ Jerry Falwell (1933–2007) hatte bei seiner *Moral Majority* auch Mormonen mit im Boot, aber daran erinnern sich in der schnelllebigen Zeit wohl nur noch wenige, vor allem vielleicht seine zwei Söhne. Diese gehörten zu einer Gruppe von 28 äußerst konservativen, um nicht zu sagen reaktionären Christen unterschiedlicher Kirchen und Organisationen, vor allem aber evangelikaler, fundamentalistischer und römisch-katholischer Provenienz, die in einem Schreiben an Romney nach dessen Nominierung sich selbst und den Briefempfänger an die eigentlich selbstverständliche Tatsache erinnerten, dass es bei der Wahl nicht um Theologie gehe, sondern um öffentliche Politik.<sup>32</sup>

<sup>32</sup> *It is time to remind ourselves that civil government is not about a particular theology but rather about public policy.*

Sie zitieren dann einige Passagen aus dem Parteiprogramm der GOP, besonders die Sätze, die sich mit der traditionellen Ehe und dem Lebensrecht Ungeborener befassen und gratulieren Romney zu den ihrer Meinung nach überzeugenden und mit „judeo-christlichen Werten“ übereinstimmenden Darlegungen. Der Brief sollte jedoch schlicht verbergen, dass man unter Bush völlig anders geredet hatte und dass die Unterzeichner um ihrer Anhänger willen die Mormonen-Theologie des Kandidaten Romney überspielen mussten.<sup>33</sup>

Diese Unterstützung Romneys beruhte auf dem Umstand, dass die sog. „Werte-Wähler“ eingeschworen werden mussten, weil Romney durch eigene Fehler sehr stark unter Druck geraten war.<sup>34</sup> So etwa weigerte er sich fast bis zum Schluss des Wahlkampfes, seine finanziellen Verhältnisse offen zu legen. Bezeichnenderweise war es sein Vater George Romney gewesen, der 1968 im Wahlkampf verlangt hatte, dass Präsidentschafts-

<sup>33</sup> Im Folgenden werden die Unterzeichner und ihre Organisationen genannt, so dass Interessierte im Internet unschwer aufrufen können, wofür die Personen und ihre Organisationen stehen:

Raymond Ruddy, President, Gerard Health Foundation  
 Tom Minnery, Executive Director, Citizen Link  
 Margaret H. („Peggy“) Hartshorn, Ph. D., President, Heartbeat International  
 Jonathan Falwell, Thomas Road Baptist Church  
 Kristan Hawkins, President, Students for Life of America  
 Ralph Reed, President, Faith and Freedom Coalition  
 Leonard Leo, Director, The Catholic Association  
 Anthony Lauinger, Executive Vice President, National Right to Life  
 Joel Belz, Founder, World Magazine  
 Dr. Jack C. Willke, MD, President, Life Issue Institute  
 Joseph A. Brinck, President, Sanctity of Life Foundation  
 James Bopp, Jr., The Bopp Law Firm  
 Raymond L. Flynn, Former Mayor of Boston and U.S. Ambassador to the Vatican  
 Andrea S. Lafferty, President, Traditional Values Coalition  
 Rev Louis P. Sheldon, Chairman and Founder, Traditional Values Coalition  
 Fr. Frank Pavone, National Director, Priests for Life President, National Pro-life Religious Council  
 Dr. Alveda King, Director, African American Outreach Priest For Life  
 Tim Wildmon, President, American Family Association and American Family Radio  
 Penny Young Nance, President, Concerned Women for America  
 Jim Daly, President, Focus on the Family  
 Deal Hudson, The Catholic Advocate  
 Tony Perkins, President, Family Research Council  
 Franklin Graham, President, Samaritan’s Purse  
 Gary Bauer, President, American Values  
 Allen & Leslee Unruh, Alpha Center & National Abstinence Clearinghouse  
 Jerry Falwell, Jr., Chancellor and President Liberty University  
 Rev. Samuel Rodriguez, President NHCLC Hispanic Evangelical Association  
 Frank Wright, Ph.D., President and CEO National Religious Broadcasters  
<http://de.scribd.com/doc/105495607/GOP-Platform-Letter>, aufgerufen am 28. 3. 2013.

<sup>34</sup> Die sog. „Werte-Wähler“ hatten schon 2008 die Wende verpasst. Vgl. *Erich Geldbach*, „Osama, Obama and Chelsea’s Mama: Eine USA-Wahlnachlese unter religiöser Perspektive“, in: *Mitteilungen zur Kirchlichen Zeitgeschichte* 3/2009, 141–180, bes. 169.

kandidaten ihre Finanzen der Öffentlichkeit vorlegen sollten, was er auch tat und was seither üblich ist.<sup>35</sup> Als CEO von *Bain Capital*, einer von ihm 1984 mitbegründeten Kapitalbeteiligungsgesellschaft (*private equity firm*) oder „Heuschrecke“, wie der SPD Politiker Franz Müntefering die Firma genannt hätte, hatte Mitt Romney Firmen zerschlagen, Arbeitsplätze ins Ausland verlagert und ein erhebliches, auf 350 Millionen Dollar geschätztes Vermögen angesammelt. Die Medien wurden nicht müde zu betonen, dass er weniger Einkommenssteuer an den Fiskus abgeführt habe als seine Sekretärin und dass sein Spendenaufkommen für die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzte Tage, das er natürlich steuerlich geltend machen kann, ebenfalls seinen Steuersatz übersteige. Auch konnte er Gerüchte nicht widerlegen, dass er erhebliche Summen auf ausländischen Konten unterhalte, vor allem auf den Cayman Islands und in der Schweiz. Insofern könnte man Romney geradezu als einen Prototyp der von Ayn Rand hochgelobten kapitalistischen Helden betrachten. Da jedoch der aufwendige Wahlkampf seinen Tribut kostet, war er auf Spenden (in Rand'scher Sprache: Opfer) angewiesen. Nachdem Newt Gingrich im Mai 2012 das Handtuch geworfen hatte, zahlten z. B. der Casino-Magnat Sheldon Adelson und seine Frau aus Las Vegas 10 Millionen Dollar in Romneys Wahlkampfkasse.

Auch fiel es Romney nicht leicht, die Gesundheitsreform Obamas anzugreifen, weil er als Gouverneur im „liberalen“ Bundesstaat Massachusetts eine fast identische Reform durchgeführt hatte. Aus den Vorwahlen hing ihm an, dass er ein *Flip-flopper* sei. Auch wurde bekannt, dass er bei der weiblichen Wählergruppe gegenüber Obama eindeutig abfiel. Eine Zeitlang versuchte er im Wahlkampf, seine Frau zu zitieren, auf die er höre, wenn es um Belange der Frauen ginge. Frauen konterten demgegenüber, dass die Frau eines Multimillionärs, für die jeder Luxus zugänglich sei, gar nicht ermessen könne, wie sich das Leben von Frauen in der wirtschaftlich angespannten Situation im Jahre 2012 abspiele.

Was Romney die Wahl gekostet haben könnte, war sein Auftritt vor reichen Unterstützern am 17. Mai 2012 im Haus des Managers Marc Leder, der einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft vorsteht, in Boca Raton, Florida. Jeder Teilnehmende hatte 50.000 Dollar gezahlt. Hier wählte sich Romney unter Seinesgleichen und konnte frei heraus verkündigen, was er wirklich denkt. 47% der Wähler Amerikas, so war seine Analyse, würden für Präsident Obama stimmen, „*no matter what*“ = egal, was passiert. Diese Menschen seien „abhängig von der Regierung, glauben, dass sie Opfer sind, dass die Regierung verpflichtet ist, sich um sie zu kümmern, dass sie Anspruch haben auf eine Gesundheitsfürsorge, auf Lebensmittel, Wohnung, was auch immer.“ Um diese Menschen würde er sich aber nicht kümmern. Romney hatte jedoch die Rechnung ohne einen Barmixer gemacht, der seine aufschlussreichen Bemerkungen heimlich per Video aufzeichnete und an das Magazin „*Mother Jones*“ weiter gab. Inzwischen hat sich dann der

<sup>35</sup> Es half George Romney freilich nicht, weil er ausgerechnet gegen Richard Nixon verlor.

heimliche Video-Filmer „geoutet“, wie die Washington Post am 15 März 2013 berichtete.<sup>36</sup> Diese arrogante Einstellung Romneys, die fast die Hälfte der Amerikaner zu Sozialschmarotzern abstempelte, erregte großes Aufsehen, zeigt aber auch, dass offenbar Ayn Rand's „Sozialmodell“ auch von Romney Besitz ergriffen hatte. Sein bald erfolgter Widerruf klang wenig überzeugend: Er kämpfte um jede Stimme und ihm lägen alle Amerikaner am Herzen.

## Schlussfolgerung

Die USA haben sich und der Welt zwei bedeutsame Errungenschaften beschert: Sie haben das Verhältnis von Staat und Kirche so geregelt, dass die Regierung keine Religionsgemeinschaften unterstützen darf<sup>37</sup> und dass eine freie Ausübung der Religion garantiert ist. Das versteht man unter Religionsfreiheit, die sich fundamental von Toleranz unterscheidet. Kirchen und Religionsgemeinschaften sind daher „frei“ und müssen dafür Sorge tragen, dass sie Anhänger gewinnen. Der Monopolanspruch einer Religionsgemeinschaft auf ein Gebiet, bei uns „Landeskirche“ genannt, entfällt daher, und das Angebot an religiösen Dienstleistern ist beträchtlich, so dass dadurch das allgemeine Interesse an der Religion in der Öffentlichkeit im Gegensatz etwa zu Westeuropa hervorsticht. Die Wahlen allerdings zeigen ernüchternd, dass regelmäßiger Gottesdienstbesuch nicht vor abstrusen politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Ideologien gefeit macht. Bei fundamentalistischen Protestanten und Katholiken, die mit einzelnen, zumeist sexualethischen Randthemen ihren „Kulturkampf“ führen, ist das nicht weiter verwunderlich. Wohl aber muss es nachdenklich stimmen, dass 54 % der nicht-evangelikalen Protestanten für Romney/Ryan gestimmt haben. Was wird da wohl von den Kanzeln verkündigt, wenn Jesus in seiner Verkündigung Gott und den Mammon für nicht vereinbar hielt?

Die breite Unterstützung für Obama unter der afro-amerikanischen Bevölkerung ist nur bedingt auf den religiösen Faktor zurückzuführen. Vielmehr ist es eine Solidarisierung mit einem Präsidenten ihrer Hautfarbe, von dem sie sozial, wirtschaftlich und kulturell mehr erwarten als von der Gegenpartei. Wenn man allen den Laufpass geben soll, die das „allgemeine Wohl“ im Auge behalten möchten, dann wird man auch bei den Latinos evangelikaler und vor allem katholischer Richtung eher den sozio-ökonomischen Faktor in Rechnung stellen als die Religion, noch dazu wenn Letztere gegen den Willen vieler Bischöfe gestimmt haben. Auch wenn es

<sup>36</sup> Es handelt sich um einen 38jährigen Barmixer namens Prouty.

<sup>37</sup> Der Einzug von Kirchensteuern oder die Bezahlung der Bischöfe aus öffentlichen Geldern ist daher ebenso ausgeschlossen wie konfessionell gebundene Staatsämter oder einen konfessionell gebundenen Religionsunterricht an öffentlichen Universitäten oder Schulen.

im evangelikalen Lager bedeutsame Stimmen gegen den Rechtsruck gibt,<sup>38</sup> so kommt man um das Fazit nicht herum, dass der Religionsfaktor eine abnehmende Rolle spielt und/oder ein Faktor ist, der in weiten Bereichen das konservativ-reaktionäre Lager stützt.

## Bibliographie

(Es werden nur Bücher und Aufsätze, aber keine Internet-Verweise angeführt.)

- Binswanger, Harry* (Hg.), *The Ayran Rand Lexicon*, New York (New American Library) 1986.
- Geldbach, Erich*, „Osama, Obama and Chelsea’s Mama: Eine USA-Wahlnachlese unter religiöser Perspektive“, in: *Mitteilungen zur Kirchlichen Zeitgeschichte* 3/2009, 141–180
- Gushee, David*, *The Future of Faith in American Politics: The Public Witness of the Evangelical Center*, Waco, TX (Baylor University Press) 2008
- Littell, Franklin H.*, *Wild Tongues. Handbook of Social Pathology*, New York (The Macmillan Company) 1969
- Romney, Mitt*, *Turnaround: Crisis, Leadership, and the Olympic Games*, Washington (Regnery Publishing) 2001 (mit Timothy Robinson)
- Stassen, Glen und David Gushee*, *Kingdom Ethics: Following Jesus in Contemporary Context*, Downers Grove (InterVarsity Press) 2003
- Wallis, Jim*, *On God’s Side: What Religion Forgets and Politics Hasn’t Learned About Serving the Common Good*. 2013

---

<sup>38</sup> Bedeutsam ist vor allem die *Sojourner Community* in Washington mit ihrem Gründer Jim Wallis an der Spitze. Wallis hat zu Ostern 2013 ein neues Buch veröffentlicht, das er während des Wahlkampfes geschrieben hat. Es trägt den Titel *On God’s Side: What Religion Forgets and Politics Hasn’t Learned About Serving the Common Good*. Wallis bemerkt zu seinem neuen Buch, dass es ihm nicht um „rechts“ oder „links“ gehe, nicht um das gegenwärtige polarisierende und sich paralysierende politische Geschäft in Washington, sondern um „*a moral compass for both our public and personal lives – and reclaiming an ancient yet, urgent and timely idea: the common good.*“ (SojoMail vom 28.3.2013.) Man kann auf Richard Cizik verweisen, sowie bspw. auf Glen Stassen und David Gushee. Beide haben 2003 das Buch *Kingdom Ethics: Following Jesus in Contemporary Context* veröffentlicht. *Gushee* schrieb zum Wahlkampf 2008 das Buch *The Future of Faith in American Politics: The Public Witness of the Evangelical Center*, Waco, TX: (Baylor University Press). Wie im Titel anklingt, setzt sich *Gushee* von der Definition des Evangelikalismus als dem religiös-rechten Flügel der Republikanischen Partei ab. Er war einer der Hauptverfasser zweier Erklärungen: 2006 die evangelikale Klima Initiative *Call to Action* und 2007 die Evangelikale Erklärung gegen Folter.